

Kreditinflation und Teuerung

Autor(en): **Moszkowska, Natalie**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **34 (1955)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-346997>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kreditinflation und Teuerung

Wenn in einer Volkswirtschaft die Produktion ausgeweitet wird, muß auch der Geldumlauf vergrößert werden, damit sich der Verkehr trotz wachsenden Umsätzen reibungslos abwickeln kann.

Für genügend Zahlungsmittel Sorge zu tragen, ist die Pflicht der Notenbanken. Die neuen Noten kommen auf dem Wege kurzfristiger Kredite in den Verkehr, meist indem die Notenbanken die eingereichten Warenwechsel diskontieren. Wird die Produktion erweitert, so werden bei gegebenen Diskontsätzen mehr Wechsel ausgestellt und zum Diskont präsentiert. Wechsel sind Begleiterscheinungen der Ausweitung des Wirtschaftsvolumens.

In noch viel größerem Maße als der Notenumlauf nimmt der bargeldlose Zahlungsverkehr – Verwendung von Kreditzahlungsmitteln und Umschreibung in den Büchern der Banken – bei wachsenden Umsätzen zu. Dem vermehrten Wirtschaftsvolumen folgt ein vermehrter Umlauf an Bar- und Buchgeld.

Normalerweise muß sich die *Geldseite* nach der *Güterseite* richten, die allein maßgebend ist. Die Vermehrung des Geldumlaufes ist hier nur «die monetäre Ausdrucksform der eigentlichen güterwirtschaftlichen Vorgänge».¹ Die Geldschöpfung (Notal- und Giralgeld) in diesen Grenzen wirkt nicht inflatorisch. Das wirtschaftliche Gleichgewicht – falls bisher vorhanden – bleibt bestehen.

Man darf die geldseitigen Bewegungen nicht für sich allein betrachten, sondern muß stets die güterseitigen Tatbestände gleichzeitig im Auge behalten. Müssen doch die beiden Seiten der Wirtschaft aufeinander abgestimmt sein.

Dies ist besonders für das Verständnis der Kapital- und Kreditprobleme von Wichtigkeit.

1.

Man muß zwei Erscheinungsformen des Kapitals unterscheiden: das *Nominal-* und das *Realkapital*. Dem Nominalkapital auf der Geldseite entspricht das Realkapital (Rohstoffe, Maschinen usw.) auf der Güterseite.

Über das Kapital kann man auf dem Kreditwege verfügen. Mit dem Nominal- oder Geldkapital, das man kreditiert bekommt, kann man aber «nur über das tatsächlich vorhandene Kapital, Real- oder Sachkapital, disponieren».

¹ A. Forstmann, Geld und Kredit. Göttingen 1952, p. 212.

Das Vorhandensein von Realkapital ist «die *conditio sine qua non* einer jeden Kreditgewährung».²

Nun können aber die Banken auf dem Kreditwege nicht nur vorhandene Kaufkraft übertragen, sondern auch neue Kaufkraft schöpfen, indem sie ihren Kunden auf Kredit Geldkonten einräumen, über die durch Buchübertragungen verfügt werden kann. Und so muß man grundsätzlich zwei Arten von Krediten auseinanderhalten: vermittelnde und zusätzliche. *Vermittelnde Kredite* werden aus eigenem Geldkapital der Banken und dem aus Passivgeschäften stammenden disponiblen «echten» Geldkapital (Depositen der Bankkunden) gewährt. *Zusätzliche Kredite* werden hingegen aus dem ad hoc geschaffenen «Pseudogeldkapital» (Forstmann), ohne daß reale Grundlagen vorliegen, eingeräumt.

Bei vermittelnden Krediten stehen den Ersparnissen, aus denen die Kredite gewährt werden, entsprechende Gütermengen (Realkapital) gegenüber. Das Gleichgewicht zwischen der Geld- und der Güterseite wird nicht gestört. Zusätzliche Kredite werden hingegen gewährt, «ohne daß eine ihnen korrespondierende Zunahme im Umfange der benötigten Güter eingetreten wäre».³ Die Menge der Kaufmittel nimmt zu, die Gütermenge bleibt gleich. Den zusätzlichen Krediten auf der Geldseite entspricht kein Äquivalent auf der Güterseite. Es entsteht ein gütermäßig nicht gedeckter *Geldüberhang*.

Das durch zusätzliche Kredite gestörte Gleichgewicht zwischen der Geld- und Güterseite muß durch *Erhöhung der Warenpreise* wiederhergestellt werden. Die Preiserhöhung findet «in dem Verhältnis statt, in welchem der zusätzliche Kredit zum vermittelnden steht».⁴ Ist der zusätzliche Kredit im Vergleich zum vermittelnden groß, haben die Banken viel mehr Kredite gegeben als Depositen erhalten, so können die Preise unter Umständen erheblich steigen.

Im Interesse der Banken liegt es – unter sonst gleichen Umständen –, möglichst viele zusätzliche Kredite zu gewähren. Die Grenze für die Kreditschöpfung ist für die Banken nur durch die Barliquidität (Zahlungsbereitschaft) gegeben. Die Banken brauchen «erfahrungsgemäß nur einen Teil der

² Ibid, p. 256 ff.: Das äußerste Ausmaß der Güterübertragung auf dem Kreditwege ist «in der verfügbaren Menge übertragbarer präsenter Güter... gegeben» (J. Komorzynski, zit. nach Forstmann, p. 256). – «Der wahre volkswirtschaftliche Kreditfonds, aus dem allein Kredite gewährt werden können, (besteht) nicht aus Geld- und Bankzahlungsmitteln, sondern (wird) durch den sachlichen Kapitalstock der Wirtschaft gebildet, der sich aus Verbrauchsgütern und Werksgütern zusammensetzt.» (V. F. Wagner, Geschichte der Kredittheorien. Wien 1937, p. 28.) – «Giralgeld und Bargeld zusammen können... niemals Kapital im Sinne vorgetaner Arbeit hervorzaubern.» (Ad. Weber, Geld, Banken, Börsen. München 1951, p. 118.)

³ Forstmann, a. a. O., p. 263.

⁴ Ibid, p. 269.

bei ihnen eingezahlten Guthaben als Barreserve zu unterhalten, denn der größte Teil der Zahlungen wird bargeldlos durch Überweisung oder Scheck erledigt». ⁵ «Die Auffassung, daß die Banken an sich (also banktechnisch) eines Tages auf eine Grenze in ihrer Kreditgewährungsmöglichkeit stoßen . . . ist als unbegründet abzulehnen. Die Kreditschöpfungsmöglichkeiten sind . . . so ausgedehnt, daß geradezu ungeheuerlich große Neuschöpfung notwendig wäre, bis die monetären (aus dem Bankbetrieb) erforderlichen Grenzen erreicht sind, und damit ist praktisch kaum zu rechnen.» ⁶

2.

Betrachten wir zuerst die Wirkung der zusätzlichen Kredite in einer *vollbeschäftigten* Wirtschaft, in welcher die Produktionsfaktoren voll in Anspruch genommen sind und durch Rationalisierung der Erzeugung sich keine Produktivkräfte mehr ersparen lassen.

Wenn in einer solchen Wirtschaft das ganze Sozialprodukt konsumiert wird, wird weder neues Nominal- noch neues Realkapital gebildet. Wenn in dieser bisher stationären Volkswirtschaft ein Teil der Einkommen (vornehmlich der Unternehmergewinne) nicht verbraucht, sondern gespart wird, um den Produktionsapparat auszubauen, wird in der Konsumgüterindustrie ein entsprechender Teil der Produktivkräfte (Rohstoffe und Arbeitskräfte) freigesetzt, um in der Produktionsmittelindustrie verwendet zu werden. Es findet eine Umstellung der Wirtschaft statt. Die Produktion wird umdirigiert, die Produktivkräfte werden zum Teil in andere Kanäle geleitet und anders kombiniert. In einer bereits in Entwicklung begriffenen fortschreitenden Volkswirtschaft, in welcher die Produktion jahrein jahraus erweitert wird, braucht eine neue Umlenkung der Volkswirtschaft nicht unbedingt stattzufinden. Über die Produktion wird *zum voraus* gemäß den Erwartungen für die Zukunft durch die Unternehmer disponiert.

Werden in einer solchen Wirtschaft ausschließlich vermittelnde Kredite gewährt, das heißt die gesamten Geldersparnisse und nur diese investiert, so stehen die durch den Sparvorgang und Konsumverzicht freigesetzten Produktionselemente für den Ausbau der Erzeugungsanlagen zur Verfügung. Werden hingegen in der gleichen Wirtschaft die Investitionen über die freiwilligen Ersparnisse hinaus, also aus zusätzlichen Darlehen, finanziert, so müssen die Produktionsfaktoren, die für die zusätzlichen Investitionen notwendig sind, erst durch «*Zwangssparen*» (erzwungener Konsumverzicht durch Verteuerung der Lebenshaltung) freigesetzt werden.

⁵ Fr. Lütge, Einführung in die Lehre vom Geld. München 1948, p. 74.

⁶ Ibid, p. 186.

Die Unternehmer verwenden zusätzliche Kredite für vermehrten Ankauf von Produktionsmitteln. Dies ruft auf den Produktionsmittelmärkten Preissteigerungen hervor. Das Emporschnellen der Preise, das auf dem Produktionsmittelmarkt den Anfang nimmt, pflanzt sich auf dem Konsumgütermarkt fort. Die Bevölkerungsschichten, deren Geldeinkommen nicht erhöht worden sind, sehen sich genötigt, ihren Verbrauch einzuschränken.

Die kreditäre Kaufkraftschöpfung entfesselt *inflatorische*, kumulativ wirkende Tendenzen. Die Preise klettern in die Höhe, das Geld entwertet sich, die Kaufkraft der Konsumenten schrumpft.⁷

Das dynamische Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Waren in einer bisher vollbeschäftigten ausgewogenen Wirtschaft wird nach Verteuerung der Lebenshaltung und Ausweitung des Produktionsapparates gestört. Ein Ausbau der Produktionsanlagen ist ja nur dann sinnvoll, wenn der kaufkräftige Zukunftsbedarf vergrößerungsfähig ist, und durchaus nicht, wenn er im Schrumpfen begriffen ist.

3.

In einer automatisch vollbeschäftigten Wirtschaft mit angespannten Produktionsmittelmärkten würden indessen kaum viele zusätzliche Kredite von den Unternehmern beansprucht werden. Würden doch die Produktionsmittel zum Ausbau der Produktionsanlagen nur durch Preisüberbietungen erhältlich sein.

Die Vollbeschäftigung bildet jedoch im Kapitalismus nicht die Regel, sondern eine Ausnahme. Auch nur eine annähernde Vollbeschäftigung ist «in der modernen Wirtschaft eine seltene und kurzlebige Erscheinung» (Keynes). Und dies nicht ohne Grund.

Da Löhne und Gehälter für die Unternehmer ein wichtiges Kostenelement bilden, besteht stets die Tendenz, sie auf das Existenzminimum herabzudrücken, ganz gleich wie groß die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit ist. Die mangelhafte Ausstattung der arbeitenden Massen mit Kaufkraft beeinträchtigt das wirtschaftliche Gleichgewicht. Dies führt zu periodischen Reduktionen der Erzeugung und zu Arbeiterentlassungen.

In der heutigen monopolistisch gebundenen Verkehrswirtschaft kommt noch hinzu, daß die Kostenersparungen dank technischen Neuerungen und

⁷ Die Quantitätstheorie, welche den Geldwert aus der Menge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu erklären sucht, ist nur mit *Vorbehalten* gültig. Die Preise steigen nämlich nicht proportional zu der vermehrten Geldmenge. Auch ändern sich in den Inflationszeiten nicht alle Preise gleichmäßig und gleichzeitig. Es kann Verschiebungen im Preisgefüge geben. Denn die Preise sind auch noch anderen Einflüssen ausgesetzt. Dennoch ist die Quantitätstheorie nicht ganz ungültig und nicht ohne theoretisches Interesse. Denn die zirkulierende Geldmenge hat zweifellos Einfluß auf den Preisstand.

mannigfachen Rationalisierungsmaßnahmen nicht oder nicht entsprechend in den Preisen zum Ausdruck kommen. Die technischen Neuerungen bringen häufig statt den Konsumenten den Unternehmern Vorteile. Indem die Spanne zwischen Ertrag und Kosten wächst, erhöht sich die Gewinnrate. Wenn die Preisreduktionen nach Einführung arbeitssparender Verfahren ausbleiben, was ja für die Zunahme des Verbrauches ein Hindernis bildet, müssen Arbeiter freigesetzt werden. Das hat eine kontraktive wirtschaftliche Entwicklung zur Folge.

Wegen dieser dem Kapitalismus anhaftenden Strukturfehler ist es schwer, die Konsum- und die Produktivkraft in Übereinstimmung miteinander zu bringen. Und so ist die kapitalistische Wirtschaft in der Regel durch Unterbeschäftigung und Überschuß an Produktionskapazität gekennzeichnet.

In einer *unterbeschäftigten* Volkswirtschaft brauchten eigentlich die Produktionsfaktoren für Ausweitung der Erzeugung kaum durch Zwangssparen freigesetzt zu werden. Gibt es doch unbeanspruchte Kapazität der Produktionsanlagen, die der Beschäftigung harren und nur mobilisiert werden müssen. Dennoch bewirkt die Neuschöpfung der Kaufkraft durch zusätzliche Kredite ein Anziehen der Preise – wenn auch nicht in dem Maße wie in einer vollbeschäftigten Wirtschaft –, und so bleibt das Zwangssparen nicht aus⁸. Die Quote des Sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung mit unelastischem Geldeinkommen verringert sich trotz abnehmender Erwerbslosigkeit. Es werden zwar mehr Arbeiter in den Produktionsprozeß eingegliedert, wodurch das gesamte Nominaleinkommen der Arbeiterschaft steigt. Da aber auch das Sozialprodukt wächst, und zwar bei der hohen Schaffenskraft der menschlichen Arbeit unverhältnismäßig rasch wächst, nimmt die bisherige Diskrepanz zwischen dem Produktionsvolumen und der Aufnahmefähigkeit des Marktes weiter zu.

Das Zwangssparen, diese unsoziale Erscheinung, wirkt sich um so schädlicher aus, als im Spätkapitalismus, wo Monopolpreise überwiegen, das einmal aus irgendeinem Grunde (zum Beispiel bei Verknappung der Waren im Kriege) in die Höhe geschraubte Preisniveau in einem späteren, günstigeren Zeitpunkt (bei vermehrtem Warenangebot) nicht oder nicht entsprechend herabgesetzt wird. Man hält zäh an den erhöhten Preisen fest⁹. Die unfrei-

⁸ Realinvestierungen können «grundsätzlich nicht mit Hilfe zusätzlicher Kredite finanziert werden, wenn eine *inflationäre* Entwicklung vermieden werden soll». (Forstmann, a. a. O., p. 242.)

⁹ Die Kartelle und die sonstigen monopolistischen Unternehmungen beantworten selbst in der Krise «Nachfragerückgänge in erster Linie mit Einschränkungen der Produktion und nur zum kleinsten Teil mit Preissenkungen». (Alexander Mahr, Volkswirtschaftslehre. Wien 1948, p. 338.)

willige Einschränkung des Verbrauches ist daher *nicht temporären*, sondern meist endgültigen Charakters.

Es bedarf jeweils neuer Lohnkämpfe, damit die Arbeiter und die sonstigen Festbesoldeten die bisherige Lebenshaltung zurückgewinnen können. Und werden die Geldlöhne erhöht – was durchaus nicht immer der Fall ist –, so steigen die Preise abermals. Es entsteht eine inflatorische Spirale. Bei dem Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen erweisen sich die Preise «als die schnelleren Läufer» (O. Kraus).

Findet eine Belebung der stagnierenden Wirtschaft durch die zusätzlichen Kredite statt, so ist sie nicht von langer Dauer. Die «gute» Konjunktur muß über kurz oder lang einen Rückschlag erfahren.

Die Verschiebung in der Einkommensverteilung und Vermögensstreueung, die Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in wenigen Händen und die Vertiefung der sozialen Gegensätze als Folge der Kreditexpansion und der inflatorischen Preisgestaltung steigern die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zum Ungleichgewicht und damit die Krisenanfälligkeit der Volkswirtschaft¹⁰.

4.

«Freiwillige Ersparnisse», wenn sie sich in gewissen Grenzen halten und produktiver Verwendung zugeführt werden, müssen keinen Absatzmangel bewirken. Im Gegenteil, sie sind für eine in Entwicklung begriffene Wirtschaft in gewissem Ausmaße unerläßlich. Das «unfreiwillige Sparen» infolge der zusätzlichen Kredite hingegen muß meist einen Nachfrageausfall herbeiführen. Und dies ist begreiflich. Man vergegenwärtige sich bloß, aus welchen Quellen die «Sparmittel» bei freiwilligem und bei erzeugendem Sparen fließen.

Die «freiwilligen Ersparungen» werden zum größten Teil aus den *Profiten* der Unternehmer und Aktionäre abgezweigt, die in der monopolkapitalistischen Ära in raschem Wachstum begriffen sind. Die Größe der «Ersparnisse» hängt von der Höhe der Einkommen ab. Je höher die Einkommen, eine um so größere Quote derselben wird zum Kapital geschlagen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger wie auch die kleinen Mittelständler können nicht viel von ihrem schmalen Einkommen erübrigen. Ihre Ersparnisse sind meist gering und stellen kein endgültiges Sparkapital dar. Die Spargelder der einkommensschwachen Schichten bilden vielmehr bloß Notstandsrücklagen, Reserven für das Alter, also einen aufgeschobenen Verbrauch.

¹⁰ Vgl. hiezu meine Schriften: Das Marxsche System. Berlin 1929; Zur Kritik moderner Krisentheorien. Prag 1935; Zur Dynamik des Spätkapitalismus. Zürich (Europa-Verlag) 1943.

«Sparen» – Konsumenthaltung als Voraussetzung der Kapitalbildung – ist ein irreführender Ausdruck. Denn bei freiwilligem «Sparen» handelt es sich nicht so sehr um die Spartätigkeit der breiten Bevölkerungsschichten, deren Lebenshaltung ohnehin nicht üppig ist, als vielmehr um Zurückstellung großer Quoten von hohen Reinerträgen der Unternehmungen (besonders im Konjunkturaufschwung), die für eine Nachfrage nach Konsumgütern nicht in Frage kommen. Man kann also hier weder vom Sparen noch von einer Einschränkung des laufenden Konsums reden.

Die «freiwilligen Ersparungen» rühren zum größten Teil aus den Gewinnen und Übergewinnen der Großunternehmungen her. Die «Zwangssparnisse» stammen hingegen aus der *Kürzung der Realeinkommen* der Arbeiter, Angestellten, Rentenempfänger, wie auch aller Leute mit festem Nominaleinkommen, als Folge des inflatorischen Preisauftriebes und der Verteuerung der Lebenshaltung.

Durch die Kreditexpansion, die ein Zwangssparen zur Folge hat, wird die in einer Volkswirtschaft vorhandene Kaufkraft anders als bisher verteilt. Sie steigt bei den Unternehmern, welche die zusätzlichen Kredite empfangen und nachher in den Besitz der Gewinne aus der erweiterten und vervollkommenen Produktion kommen, und sinkt bei den Werktätigen, die für ihr Einkommen sich weniger leisten können.

Man darf auch nicht vergessen, daß die Unternehmer als Sachwertbesitzer durch die Kreditinflation gewinnen, die Bezieher der unelastischen Einkommen hingegen eine teilweise Enteignung erfahren.

5.

Neutrales indifferentes Geld übt keinen selbständigen Einfluß auf den wirtschaftlichen Ablauf aus. Es bringt nur die jeweiligen Veränderungen auf der Wareseite getreu zum Ausdruck. Preiserhöhungen oder Preissenkungen finden nur dann statt, wenn die Produktionskosten der Waren steigen oder fallen, beziehungsweise wenn sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt verändert. Wenn das Geld neutral ist, variiert «das Preisniveau umgekehrt proportional zur Veränderung der technischen Produktivität» (Forstmann). Für die kapitalistische Wirtschaft, die nicht in ruhigen Bahnen verläuft, zu Depressionen neigt und immer wieder künstlich belebt werden muß, erweist sich ein neutrales inaktives Geld als «nicht zweckmäßig».

Ein inflatorisches Ansteigen der Preise und Fallen des Geldwertes bedeutet in der kapitalistischen Wirtschaft einen Aufschwung; ein deflatorisches Fallen der Preise und Steigen des Geldwertes dagegen einen konjunkturellen Rückschlag. In der Inflationszeit sinkt der Arbeitslohn, das Haupt-

kostenelement; in der Deflation steigt er. Auch die anderen Produktionskosten bleiben in der Inflation hinter den Preisen zurück; in der Deflation umgekehrt. Sinkende Preise bedeuten überdies Verluste für die Industriellen und Händler, die die Rohstoffe, Produktionsmittel und sonstige Waren noch zu den bisherigen höheren Preisen eingekauft haben und nun zu niedrigeren Preisen absetzen müssen. Die Unternehmer sind daher an einer Inflation (gemäßigten) und nicht an einer Deflation interessiert.

Und so wird von Wirtschaftshistorikern nicht ohne Grund behauptet, daß der stürmische Fortschritt der kapitalistischen Wirtschaft «im Zusammenhang mit einer grundsätzlich inflatorischen Entwicklung gestanden hat», daß «Inflation ein wichtiger Faktor in der Geschichte des Kapitalismus war». Besonders ist der Spätkapitalismus durch die Neigung zur «*wirtschaftsbelebenden Inflation*» und durch den Widerstand gegen «*lähmende Deflation*» gekennzeichnet.

Im Gegensatz zu einer Inflation großen Stils, wenn der Staat in der Not (Kriege) sich der Notenpresse bedient, um sich Einnahmen zu verschaffen, oder wenn er zur Abwertung greift, um den Export zu fördern, ist die Kreditinflation eine milde. Sie ist jedoch nicht eine einmalige oder mehrmalige, sondern *fortlaufende*, permanente. Es wird hier, was den Geldwert anbelangt, «gleichsam in ein Faß mit Wein ständig Wasser nachgefüllt und so der Inhalt immer mehr verdünnt» (Alb. Hesse).

Infolge der technischen Vervollkommnungen, der arbeitssparenden Maschinen und Verfahren müßte der Preisspiegel eigentlich fortlaufend sinken und der Geldwert steigen. Es müßte eine fortschrittbedingte «Deflation» geben. Wegen der monopolistischen Abmachungen, der zusätzliche Kredite, des Rüstungswettlaufs und der kriegerischen Verwicklungen bleiben jedoch der Preisspiegel hoch und der Geldwert niedrig.

6.

Von Nationalökonomern, die den zusätzlichen Krediten große konjunkturpolitische Bedeutung beimessen, wurde eine «*neue*» Theorie der Kapitalbildung konzipiert.

Nach der traditionellen Lehre, die grundsätzlich richtig ist, ist die Realkapitalbildung von Sparen unabhängig. Nach der neuen Theorie ist für die Kapitalbildung nicht das Sparen, sondern das Investieren entscheidend. Sparen respektive Bildung von Realkapital braucht nach der neuen Auffassung der Investierung nicht vorauszugehen. Bestehe eine Investitionsmöglichkeit, so stellen sich die Ersparnisse «*von selbst*» ein; sie entstehen «*aus dem Nichts*».

Die Klassiker, die Schöpfer der traditionellen Theorie, setzten bei ihren Analysen eine vollbeschäftigte, sich in Gleichgewicht befindende Volkswirtschaft voraus, also eine Wirtschaft, in welcher es an Investitionsmöglichkeiten nicht fehlte und die Spargelder jeweils einer produktiven Verwendung zugeführt werden konnten. Waren Ersparnisse vorhanden, so war deren produktive Anlage kein Problem. Anders nach der modernen Theorie, die mit Hinsicht auf die Unterbeschäftigung konzipiert wurde.

Nach dieser Theorie besteht die Problematik nicht darin, wie Ersparnisse respektive Realkapital, sondern wie ertragsreiche Investitionsmöglichkeiten zu beschaffen seien. Daher kommt es nicht auf vermittelnde Kredite an, denen entsprechende Gütermengen gegenüberstehen, sondern auf zusätzliche Kredite.

Die zusätzlichen Kredite in einer an Überproduktion chronisch leidenden Wirtschaft sind nicht zuletzt gerade deshalb konjunkturpolitisch wichtig, weil ihnen kein Äquivalent auf der Güterseite gegenübersteht und sie daher die brachliegenden Produktionsfaktoren absorbieren können.

Bei vermittelnden Krediten findet zuerst ein Sparen und sodann ein Investieren statt. Anders bei zusätzlichen Krediten. Hier braucht ein Sparen dem Investieren weder voranzugehen noch nachzufolgen¹¹. Die Investitionen sind hier «autonom» (Preiser), «vom Sparen unabhängig». Man vermag hier doch auf die vorhandenen brachliegenden Produktionsanlagen zurückzugreifen.

In einer automatisch vollbeschäftigten Wirtschaft würde es vornehmlich vermittelnde Kredite geben, und das Sparen müßte dem Investieren vorausgehen. Denn den vermittelnden Krediten auf der Geldseite entspricht das Realkapital auf der Güterseite, und ohne neues Realkapital kann die Produktion in einer vollbeschäftigten Wirtschaft nicht ausgeweitet werden. In einer unterbeschäftigten Wirtschaft hingegen, in welcher es einen unausgenutzten Produktionsspielraum gibt, vermag die Ausweitung der Erzeugung mit Hilfe der zusätzlichen Kredite, die keinen Gegenposten auf der Güterseite haben, vollbracht zu werden.

Man behauptet, daß die Erweiterung der Wirtschaft mit Hilfe der zusätzlichen Kredite «durch Antizipierung (Vorwegnahme) künftiger Produktionserfolge», «durch Vorverlegung künftiger Kaufkraft» geschieht. Wären die brachliegenden Produktionsmittel nicht vorhanden, so wäre die Vorfinanzierung, die Vorverlegung künftiger Kaufkraft nicht möglich.

¹¹ «Je weiter man von der allgemeinen Vollbeschäftigung entfernt ist, um so mehr ist... der These von der Notwendigkeit einer nachträglichen Untermauerung der Geldschöpfung durch das Sparen der Boden entzogen.» (Herbert Timm, Geldschöpfung oder Sparen. In Jahrbuch für Nationalökonomie und Stat., Bd. 163, Stuttgart 1951, p. 10.)

In einer unterbeschäftigten Wirtschaft ermöglichen die Produktionsreserven neue Investitionen, und das Zwangssparen – die Quoten, um die die Festbesoldeten durch inflatorische Geldentwertung geprellt werden – machen Übergewinne möglich.

Die Unternehmer, die die zusätzlichen Kredite bekommen, schaffen sich weder die Ersparnisse noch die hohen Gewinne «aus dem Nichts».

7.

Eine Volkswirtschaft, die keinen chronischen Absatzmangel kennt, braucht keinen *inflatorischen Anreiz*, um sich zu entfalten und die technischen Möglichkeiten auszunutzen. Nur in einer Wirtschaft, in welcher die breiten Volksschichten nicht mit genügender Kaufkraft ausgestattet sind und es an Absatz stets mangelt, bedarf es (außer dem Wettrüsten) immer neuer Reizmittel in Form von inflatorisch steigenden Preisen, um die Unternehmer zu neuen Investitionen anzuregen.

Fehlt es an inflatorischem Anreiz, so droht *Erwerbslosigkeit*. Ermangelt es nicht an inflatorischem Anreiz, so gibt es *Teuerung*. Und so werden die arbeitenden Menschen als Produzenten und Konsumenten exploitiert. Weder Deflation noch Inflation vermag ihnen zu helfen. Wenn sie die Inflation der Deflation dennoch vorziehen, so bedeutet dies bloß: «Besser Teuerung (sinkende Lebenshaltung) als Erwerbslosigkeit».

Von verschiedenen modernen Nationalökonomern wird – wie erwähnt – den zusätzlichen Krediten große konjunkturpolitische Bedeutung beigemessen. Diese Auffassung stellt im Grunde genommen nichts anderes dar als – um den Ausdruck von Carl Brinkmann zu benützen – eine «*Umkehrung der Kaufkrafttheorie des Lohnes*». Die Kaufkrafttheorie zeigt die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Lohnerhöhungen. Die Umkehrung der Theorie befürwortet Reallohnreduktionen. So richtig die von den Gewerkschaften vertretene Lohnkaufkrafttheorie ist, so falsch ist ihre Umkehrung.

J. W. BRÜGEL

Neue Nazi-Akten über die Schweiz

Wir haben kürzlich an dieser Stelle ausführlich besprochen, was durch die anglo-amerikanisch-französische Veröffentlichung von Akten des deutschen Auswärtigen Amtes über die Haltung des Schweizer Bundesrates und gewisser Schweizer Diplomaten den Drohungen und Erpressungen der

schen «dogmatischer Intoleranz» und «ziviler Toleranz» auf sich hat, kann man im übrigen in Italien, Spanien und Kolumbien feststellen. Die Ausführungen Dr. Vogelsangers sind deshalb nicht überzeugend, und fast peinlich mutet sein begeistertes Loblied auf die Vorzüglichkeit des Jesuitenordens an, wenn man daneben das Urteil von Kurt Pursch hält, eines ehemaligen Jesuiten und jetzigen christkatholischen Pfarrers in Deutschland, das Prof. Fritz *Blanke* in der gleichen Sondernummer der «Reformatio» in seiner Arbeit über den «Charakter des Jesuitenordens» zitiert und das dahin lautet, daß die Gesellschaft Jesu nicht mehr als Elite betrachtet werden könne, weil ihre Geistigkeit verfälscht und ihr Niveau herabgesetzt worden sei. Wenn der Orden dennoch eine gewisse Stärke verkörpere, so nicht wegen der ihm innewohnenden geistigen Potenzen, sondern wegen des Nymbus, mit dem er von Außenstehenden umgeben werde. Prof. Blanke begründet denn auch in seinem Aufsatz die Aufhebung des Jesuitenverbotes zur Hauptsache damit, daß die theologischen und moralischen Lehren des Jesuitismus sich sowieso schon mit denjenigen der römischen Gesamtkirche decken und das Jesuitenverbot aus einer heute überholten Zeit des Jesuitenschauers stamme und ein untaugliches Requisite einer veralteten Polemik sei.

Zum gleichen Thema äußern sich noch Prof. Albert *Schädelin*, Bern, der eingehender die Toleranz als theologisches Problem erörtert, und Chefredaktor Peter *Dürrenmatt* von den liberalkonservativen «Basler Nachrichten», der von seinem politischen Standort aus für die Aufhebung des Jesuitenverbotes plädiert. Das Sonderheft schließt ab mit einem Bericht von Pfarrer Karl *Fueter* über die konfessionellen Auseinandersetzungen im Kanton Zürich. Dieser Bericht ist in der ganzen Jesuitenfrage wesentlich zurückhaltender und kritischer als die übrigen Artikel der Zeitschrift. Hat man ihn deshalb vielleicht an den Schluß und in Kleindruck gesetzt?

So verdienstvoll es ist, daß die «Reformatio» dem Jesuitenproblem eine Sondernummer widmete, so sehr muß man es bedauern, daß sie nur den Kreis jener Protestanten positiv-konservativer Richtung zu Worte kommen ließ, die zu den Gegnern der Art. 51 und 52 BV gehören. Man täusche sich jedoch nicht. Die hier geäußerten Auffassungen sind nicht ohne weiteres auch die Meinung des reformierten Schweizervolkes. Allen Beschwichtigungs- und Verharmlosungsversuchen gewisser protestantischer Pfarrer zum Trotz wird ein starker Widerstand gegen die Wiedezulassung der Jesuiten und gegen die Neugründung von Klöstern zu erwarten sein, weil der nicht konservative Teil unseres Volkes nicht bereit sein wird, sich mit den damit verbundenen unabsehbaren Konsequenzen für Kirche, Schule und Staat einfach abzufinden. So wird es ganz unvermeidlich zu schweren Auseinandersetzungen kommen, und die katholischen und protestantischen Gegner der Art. 51 und 52 erweisen mit ihren Aktionen unserem Lande einen schlechten Dienst, weil sie tatsächlich den konfessionellen Frieden aufs Spiel setzen, der in den letzten achtzig Jahren gerade durch die konfessionellen Bestimmungen der Bundesverfassung erhalten worden war.

P. Sch.

Berichtigung

Im Heft Nr. 1/2 vom Januar/Februar der «Roten Revue» haben sich im Artikel von Natalie Moszkowska zwei sinnstörende Fehler eingeschlichen. Auf Seite 35, 4. Absatz, zweitletzte Zeile, sollte es an Stelle «bei erzeugendem Sparen» «*bei erzwungenem Sparen*» heißen, auf Seite 37, unterster Absatz, 2. Zeile, statt «vom Sparen unabhängig» «*vom Sparen abhängig*».